

Der Enztöler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Nech'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Dießinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Dießinger in Neuenbürg.

Nr. 55

Dienstag den 7. März 1933

91. Jahrgang

Die Nationalsozialisten fordern den sofortigen Rücktritt der württ. Regierung

Stuttgart, 6. März. Die Nationalsozialisten veranstalteten am Montagabend nach vorausgegangenem Propagandamarsch der SA und SS, der Hitlerjugend und der Amtswalter durch das nördliche Höhenviertel auf dem Marktplatz eine Protestkundgebung gegen die württembergische Regierung und besonders gegen den Staatspräsidenten Dr. Holz. Sprechchöre riefen: Holz muß weg! Es ist ausgeblutet! und immer wieder wurden Jurnale laut, daß die württembergische Regierung abtreten solle. Der württ. Gauleiter Rurr hielt eine Ansprache, in der er zunächst den 5. März als den Tag feierte, von dem die fernsten Geschlechter noch reden und schreiben werden. Er wies dann einen Rückblick auf das Entstehen der nationalsozialistischen Partei und gedachte der vielen Verwundeten und Todesopfer, die die Bewegung gebracht hat. Während die Fahnen sich senkten, und die Anwesenden das Haupt entblößten, verkündete die Versammlung in kurzem Stillschweigen: Jetzt muß, so führte Gauleiter Rurr weiter aus, nicht nur im Reich, sondern auch in den Ländern, besonders im Süden des Reiches Ordnung geschaffen werden. Niemals mehr kommt die Zeit, wo man an eine Mainlinie denken kann. Die Herren, die sich anmassen, jetzt noch Württemberg zu regieren, verteidigen ihre Stellung mit den verzweifeltsten Mitteln. Sie sagen, die Selbständigkeit des Landes sei bedroht. In Wirklichkeit ist aber nur ihre eigene Selbstherrlichkeit in Gefahr. In den letzten 14 Jahren hat der Geist von Battenhausen, dessen Motto ist: „Ich bin der erste Bedienter meines Staates“ Deutschland regiert, jetzt aber muß wieder der Geist von Botsdam herrschen, dessen Losung ist: „Ich bin der erste Diener meines Staates“. Uniere Geduld ist zu Ende. Wir rufen, so betonte Gauleiter Rurr unter feierlichem Wechsel, an die württembergische Regierung die Aufforderung, daß sie sofort zurücktrete und die Bahn für eine andere Regierung freimache. Die Zeit an Seite bei Adolf Hitler steht. Stuttgart ist nationalsozialistisch, Württemberg ist nationalsozialistisch, nun muß auch die württembergische Regierung nationalsozialistisch werden. Mit dem Gehörg des Hoch-Wesfel-Liedes schloß die Kundgebung. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet. Die Polizei war sehr zahlreich vertreten und beobachtete wieder mit Scheinwerfern die Fenster und Dächer der umliegenden Häuser.

NSDAP fordert Rücktritt der badischen Regierung

CNB, Karlsruhe 6. März. Der Gauleiter der NSDAP, Baden und Führer der nationalsozialistischen Landtagsfraktion, Abg. Köhler, hat an die badische Staatsregierung

einen Brief gerichtet, in dem angeführt der durch die gestrigen Wahlen neu geschaffenen Situation im Reich, der sofortige Rücktritt der badischen Regierung und die Bildung einer neuen Regierung unter nationalsozialistischer Führung gefordert wird.

Wie verlautet, wird das Staatsministerium in seiner Antwort auf den Brief des nationalsozialistischen Gauleiters und Fraktionsführers Köhler, der den Rücktritt der Regierung forderte, auf den § 52 der badischen Verfassung verweisen, wonach eine Umbildung der Regierung Sache des Landtags ist.

Bayern und der Ausgang der Reichstagswahlen

München, 6. März. Wie der Landesdienst des Südd. Correspondenzbüros erfährt, wird der bayerische Ministerrat am Dienstag zusammentreten, um sich mit der durch den Ausgang der Reichstagswahlen für Bayern geschaffenen Lage zu befassen. In politischen maßgebenden Kreisen wird die Möglichkeit einer Auflösung des bayerischen Landtages für den Fall ins Auge gefaßt, daß die Verhandlungen über die Regierungsbildung in Bayern zwischen der NSDAP und der Bayerischen Volkspartei nicht zu einem Erfolge führen sollten.

Gerüchtwiese verlautet am Montag, daß die nationalsozialistische Fraktion noch heute oder am Dienstag einen Antrag auf Landtagsauflösung einbringen beabsichtigt. Wie wir dazu aus Kreisen der nationalsozialistischen Landtagsfraktion hören, ist in der Fraktion bisher ein solcher Beschluß nicht gefaßt worden und die Partei hält augenblicklich ihre Entscheidung offen.

Die Mandate im preussischen Landtag

Berlin, 6. März. (Eig. Meld.) Nach den amtlichen Feststellungen verteilen sich die 171 Mandate im preussischen Landtag folgendermaßen: Nationalsozialisten 211, Sozialdemokraten und Staatspartei 88 (davon 2 Staatspartei), Kommunisten 68, Zentrum 68, Kampffront Schwarz-weiß-rot 4, Deutsche Volkspartei, Christlicher Volksdienst und Hannoveraner zusammen 6.

Die Wahlbeteiligung

w. Berlin, 6. März. Nach den Berechnungen des ZWB beläuft sich die Wahlbeteiligung im Reich auf 88,5, in Preußen auf 88,9 Prozent.

Goldkontrolle in Amerika

Verbot der Ausfuhr von Gold und Silber

w. Washington, 6. März. Präsident Roosevelt hat eine Proklamation erlassen, durch die die Bundesregierung die absolute Kontrolle über die Goldvorräte der Nation gegeben wird. Die Proklamation erklärt ferner ein Ausfuhrverbot für Gold und Silber und verbietet das Verleihen von Gold für ausländische Rechnung. Außerdem gibt sie den Bundesbehörden die Ermächtigung zur Ausgabe von Clearing-Daube-Zertifikaten. Das Sammeln von Münzen und anderen Zahlungsmitteln wird verboten. Schließlich wird ein nationaler Bankfeiertag bis einschließlich Donnerstag erklärt. Die Proklamation tritt Montag früh 1 Uhr amerikanischer Zeit in Kraft.

Das Goldausfuhrverbot wird bis zum Donnerstag in Kraft bleiben, an dem der Kongreß zu einer Sondertagung zusammentritt. Roosevelt soll die Absicht haben, den Kongreß um Vollmachten im Rahmen der Verfassung zu ersuchen.

Schatzsekretär Woodin erklärte bestimmt, die Vereinigten Staaten hätten die Goldwahrung nicht aufgegeben. Es handle sich um eine „manipulierte Wahrung“.

Die Proklamation Roosevelts fügt sich auf das 1917 unter Präsident Wilson angenommene Gesetz über den „Handel mit dem Felde“, das den Präsidenten ermächtigt, alle Banken zu schließen und alle Gold- und Silbermünzen oder Banknoten in die Staatskassen zurückzuführen zu lassen.

Die erlassene Notmaßnahme findet die Zustimmung aller Wirtschaftskreise. Präsident Roosevelt wird dem neuen Kongreß, der am Donnerstag zusammentritt, einen vorläufigen Reorganisationsplan vorlegen, dessen parlamentarische Ratifikation eine reine Formalität darstellt. Nachdrücklich wird von allen offiziellen Stellen Washingtons erklärt, Amerika sei unter der Proklamation Roosevelts nicht vom Goldstandard abgegangen.

Schatzsekretär Woodin erklärt: „Lächerlich und höflich ist die Behauptung, wir hätten den Goldstandard aufgegeben. Das trifft ebenso wenig zu wie die Behauptung, wir hätten den Währungsstandard verlassen.“

Wir befinden uns auf dem Goldstandard, nur ist das Gold ein paar Tage nicht erhältlich; mit anderen Worten: Goldzahlungen sind für vier Tage suspendiert.“

Die Bedeutung des bargeldlosen Zahlungsvorgangs im Staate Newyork geht aus einer Veröffentlichung des staatlichen Bankenausschusses hervor, wonach die Depositen von

180 Banken des Staates Newyork am Jahresende 11,5 Milliarden Dollar betragen, denen 13,8 Milliarden Dollar Aktiven gegenüberstanden. Die Bankentrie breitet sich jetzt auch über die Grenzen der Vereinigten Staaten hinaus aus.

Der Präsident der Republik Andra hat gestern das nationale Bankemoratorium erklärt. Gleichfalls wurde über Portorico ein allgemeines Moratorium verhängt. In Panama und auf den Philippinen herrscht dagegen noch der normale Bankverkehr.

Goldstandard-Länder bieten den USA Goldkredite an?

Newyork, 6. März. (Eig. Meld.) Nach einer Meldung des „Journal of Commerce“ sollen die Zentralbanken von Frankreich, Holland, Belgien und der Schweiz bereit sein, der Federal Reserve Bank of Newyork Kredite in gleicher Höhe zu gewähren, wie sie in der Vergangenheit, auf Kosten der Vereinigten Staaten Goldgewinne zu realisieren, jedoch keine Gewährleistung der Goldreserven des Newyorker Noteninstitutes durch Goldabzüge für ausländische Rechnung oder Kapitalhilfe zu befristeten sei. Das Blatt fügt hinzu, die Bank von England solle ein Hilfsangebot gemacht haben, insbesondere im Hinblick auf die demoralisierende Wirkung einer Geldentwertung in den Vereinigten Staaten auf den Weltmarkt.

Wie aus London verlautet, hat die Bank von England es abgelehnt, zu der Information des Newyorker Blattes im positiven oder negativen Sinne Stellung zu nehmen.

In Finanzkreisen wird erklärt, daß die Vereinigten Staaten noch etwa 1900 Millionen Dollar in Gold besitzen, was mehr als ein Drittel der gesamten Goldreserven der Welt entspricht. In diesem Zusammenhang betont man, daß die USA über genügend Gold verfügten, um wie bisher die internationale Goldbank darzustellen, wenn erst wieder das Vertrauen zurückgeführt sei.

Der große Erfolg der Reichsregierung

Keine Änderung in der Regierungszusammensetzung

Berlin, 6. März. (Eig. Meldung.) In Kreisen, die der Reichsregierung nachsichtigen, bezeichnet man den Ausgang der Wahlaktion naturgemäß als einen großen Erfolg der nationalen Bewegung, der in erster Linie der Arbeit des Reichskabinetts und im besonderen der Persönlichkeit des Reichskanzlers zu verdanken ist. Von maßgebender Stelle wird mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß sich an der Zusammensetzung der Regierung nichts ändern wird. Das entspricht dem, was von führenden Mitgliedern des Reichskabinetts schon vor der Wahl erklärt worden ist.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeitzeile über deren Raum 25 Kpf., Restamette 10 Kpf., Restamette 100 Prop. Zuschlag. Offerte und Aufnahmestellung 10 Kpf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mehrvertrages hinfällig wird, sofern nicht die Zahlung nicht innerhalb 3 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Zeitveränderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Geschäftsstand für beide Teile in Neuenbürg. Für Brief, Aufträge und seine Beschränkung. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Die Geburtsstunde der neuen Regierung

Ueber die Vernichtung Hitlers zum Reichskanzler bringt ein Buch von Edgar v. Schmidt-Paulin „Hitlers Kampf um die Macht“, das soeben im Verlag Georg Stilke in Berlin erscheint, neues interessantes Material. Wir geben nachstehend mit Genehmigung des Verlags das Kapitel über die aufregenden Vorgänge am 29. und 30. Januar wieder. D. Red.

Die rote Mappe? Mit dem Auflösungsdekret für alle Fälle im Hintergrund, meinte Schleicher, jedes ernste Aufbegehren der NSDAP im Reichstag bändigen zu können. Das Auflösungsdekret aber hoffte er ohne weiteres vom Reichspräsidenten zu erhalten.

Vielleicht zum ersten Male in seiner Karriere sollte sich Herr von Schleicher gründlich verrechnen haben. Denn als er am 29. Januar vor Hindenburg erscheint und — symbolisch gesprochen — die rote Mappe aufklappt, wagt er sich der Reichspräsident, ihm das Auflösungsdekret hinauszulegen. Die Konsequenz: Rücktritt des Kanzlers von Schleicher und Demission des gesamten Kabinetts.

So festgehalten hatte sich der Regierungswagen Schleichers, und so ausführlich waren die Verhandlungen Papens über die Neugründung der nationalen Front, daß der Reichspräsident am Freitag den 27. Januar nach Einzelvorträgen von Papen und Staatssekretär Reichner entschlossen war, Papen nochmals mit der Mission zu betrauen, ein Kabinett wirklicher nationaler Konzentration zustande zu bringen. Dieser Möglichkeit nachzugehen, erschien ihm ein besserer Weg, um aus der Verwirrung ins Freie zu gelangen, als Schleicher die Vollmacht zur Auflösung zu geben. Denn das hieß in diesem Falle, da neue Wahlen kaum etwas an der Lage geändert hätten, nichts anderes, als den Staatsanwalter zu erklären, seine Wahlen auszusprechen und damit einen Verfassungsverstoß einzuleiten.

Allerdings war es den genannten Herren nicht leicht gewesen, den Reichspräsidenten davon zu überzeugen, daß die Führung des neuen Kabinetts der nationalen Konzentration Hitler überlassen werden müsse. Er wollte lieber den Mann seines Vertrauens, Franz von Papen, an der Spitze sehen. Für diese Lösung war jedoch Hitler definitiv nicht zu haben. Darüber waren sich alle an den Vorbereitungen für die nationale Einheitsfront beteiligten Männer klar geworden und hatten sich ihrerseits entschlossen, zugunsten Hitlers auf die Führung zu verzichten. Wenn Hitler jetzt mitmacht, erbringt das politische Bild eine wesentliche Änderung gegen früher. Denn jetzt trat Hitler nicht mehr als Parteimann vor den Reichspräsidenten, sondern als der vorgezeichnete Führer der gesamten nationalen Front. Neben ihm stand, als Vizekanzler gedacht, mit dem Rechte des gemeinsamen Vortrags mit einem „Reichskanzler Hitler“ beim Reichspräsidenten, also dem Rechte auf händiges unmittelbares Geheiß, Herr von Papen, und gewählteste als Vertrauensmann Hindenburgs die Ueberparteilichkeit des vorschlagenden Kabinetts. Und dem Kabinett endlich sollten die Minister Freiherr von Neurath, Graf von Schwerin-Krosigk und Freiherr Elz von Rübenaach angehören und ihm damit vollends einen überparteilichen Charakter sichern.

Wenn also die Bearbeiter des Zusammenstufes der nationalen Front dem Reichspräsidenten den Vorschlag, Hitler mit der Führung des Kabinetts zu betrauen, unterbreiteten, so bedeutete das keineswegs einen Druck auf den Feldmarschall, von seiner klaren und geraden Linie, die er eingehalten hatte, abzuweichen oder „umzufallen“. Die Konstruktion eines Unfalls, wie sie dann nachträglich von den Gegnern des Kabinetts Hitler verurteilt wurde, hat daher keinerlei Fundament. Es sei denn ein aus Demagogie, Böswilligkeit und falschen Schlüssen zusammengesetztes.

Vor allem glaubte Staatssekretär Reichner mit dieser Begründung die Verantwortung dafür übernehmen zu können und zu müssen, seinem Herrn das veränderte Bild der Sachlage klarzulegen und so bei ihm den großherzigen Entschluß herbeizuführen, Adolf Hitler jetzt mit der Kanzlerschaft des Deutschen Reiches zu betrauen.

Freilich ist der Weg zu dieser Lösung noch nicht endgültig frei, als Schleicher am 29. Januar vom Reichspräsidenten die Vollmacht zur Auflösung des Reichstages verlangt und abschlägig beschieden wird. Noch ist damit zu rechnen, daß die Einigung mißlingt und dann lediglich ein sogenanntes „Kampfkabinett“ Papen-Hugenberg zur Debatte steht.

Vor diesem Experiment glaubt Schleicher den Reichspräsidenten bei seinem Rücktritt auf das dringendste warnen zu müssen. Auch Hitler gegenüber bringt er diese seine Ansicht von der Unmöglichkeit solcher Lösung nachdrücklich zur Geltung.

Der traditionelle Presseball in der Nacht vom Sonntag auf Sonntag (vom 28. auf den 29. Januar) bietet ein charakteristisches Bild von der Verwirrung im Regierungslager. Denn in der Prominentenloge fehlt die Prominenz eines Kanzlers, gibt ein Loch durch die Abwesenheit der Reichsminister. Nur Herr von Neurath, aller Wahrscheinlichkeit nach „vor Abzug geschickt“, Herr Bracht und Freiherr von Braun sind erschienen. Und mitten im Trubel der Ballnacht kann man von hohen Staatsbeamten der Regierung Schleicher Stimmen schwerer Befragung darüber vernehmen, daß ein Kabinett Papen, von zwei Seiten her einem ungeheuren Druck ausgesetzt, nämlich von der sozialistischen Seite mit der Drohung des Generalstreiks und von der nationalsozialistischen mit der schärfsten Opposition, sofort zusammenbrechen und Deutschland in einen Abgrund stürzen müsse.

Auch am Sonntag schwärzen solche besorgten Stimmen, verbunden mit allerhand mehr oder weniger unwahrscheinlichen Gerüchten, umher.

Inzwischen führt Papen Verhandlung nach Verhandlung. Nur mit dem Zentrum verhandelt er nicht.



Aus Stadt und Land

(Wetterbericht.) Ueber Süddeutschland liegt ein schwaches Hochdruckgebiet, doch zeigt sich immer noch eine harte Depression bei Großbritannien.

Birkenfeld, 6. März. Der Sängerbund hielt am letzten Samstag im Lokal zum „Schwarzwaldbund“ seine jährliche Generalversammlung ab.

Calmbach, 6. März. Unter überaus zahlreicher Beteiligung von Seiten der Bevölkerung und des Militär- und Gefangenenvereins wurde gestern unser alterer Bürger und Veteran Johann Treiber, früherer Holzbauer, im Alter von nahezu 83 Jahren zu Grabe getragen.

Calmbach, 6. März. Unter überaus zahlreicher Beteiligung von Seiten der Bevölkerung und des Militär- und Gefangenenvereins wurde gestern unser alterer Bürger und Veteran Johann Treiber, früherer Holzbauer, im Alter von nahezu 83 Jahren zu Grabe getragen.

Calmbach, 6. März. Unter überaus zahlreicher Beteiligung von Seiten der Bevölkerung und des Militär- und Gefangenenvereins wurde gestern unser alterer Bürger und Veteran Johann Treiber, früherer Holzbauer, im Alter von nahezu 83 Jahren zu Grabe getragen.

Benzin billiger

Die in letzter Zeit immer häufiger aufgetretenen Preisunterbietungen von Aussenfirmen und die billigen Verkäufe durch „Schlenderjastischen“ haben die Petrolgesellschaften veranlaßt, die Preise für sämtliche Autotreibstoffe mit Wirkung vom 6. März an zu ermäßigen.

Württemberg

Stuttgart. (Zur Frage Reichsbahn und Kraftwagen.) Ueber Zuschüsse, die die Reichsbahn im Rahmen des Bahnpeditionsvertrags zur Verbilligung des Sammelgutverkehrs der Speditioneure gibt, sind in der Öffentlichkeit missverständliche Auffassungen entstanden.

angeboten des Kraftwagens, die nicht im Widerspruch zur Rotverordnung stehen, entgegenzutreten. Werden Verbände gegen die Rotverordnung beobachtet, so ist nach wie vor den zuständigen Landesbehörden Anzeige zu erstatten.

Stuttgart. (Festtags- und Arbeiterzufahrtarten zu Oden.) Die über Weibachten Neujahr werden auch über Oden ds. Is. bei der Reichsbahn Festtagszufahrtarten zu ermäßigten Preisen und mit verlängerter Geltungsdauer für alle Verbindungen ausgedehnt, für die Fahrkarten des gewöhnlichen Verkehrs ausgedehnt werden können.

Stuttgart. (Elektra-Heilketten.) Die in letzter Zeit erschienenen Zeitungsveröffentlichungen über Erdstrahlen und ihre angeblichen Wirkungen auf den menschlichen Körper haben eine Reihe von Firmen auf den Plan gerufen.

Die württ. Reichstagswahl im Spiegel der Presse

Der Ausfall der Reichstagswahl in Württemberg-Hohenzollern findet in den Vorzeitszeitungen, die teilweise als Sonderausgaben erscheinen, eingehende Würdigung.

Der „N.S.-Kurier“ überschreibt seine Betrachtung mit den Worten: „Hilflos in Württemberg — Die Launtheit für Dr. Holz“ und bemerkt: Mit geradezu elementarer Macht hat sich die nationalsozialistische Freiheitsbewegung Bahn gebrochen.

Die „Südd. Zeitung“ bemerkt: Der Sieg der nationalen Front ist nicht nur einseitig er ist überwältigend. Der Beweis ist erbracht, daß auch die bisher marxistische Arbeiterschaft ins nationale Lager abgewandert.

Das „Deutsche Volkblatt“ gibt zunächst nur einen ersten Ueberblick, bezeichnet den Zuwachs von Nationalsozialisten als außerordentlich groß und bemerkt vom Zentrum: Jener ist es in Württemberg nicht gelungen, das 3. Mandat durchzuführen.

Das „Stuttgarter Neue Tagblatt“ nennt die Nationalsozialisten die Sieger des Tages und bezeichnet es als bemerkenswert, daß die Deutsche demokratische Partei ihre Stimmenzahl vom 31. Juli 1932 annähernd beibehalten hat.

Die „Schwäbische Tageszeitung“ stellt mit Bedauern fest, daß der Württ. Bauern- und Weingärtnerbund eine Einbuße von rund 2000 Stimmen zu verzeichnen hat, was auf die Abwanderung zu den beiden anderen nationalen Parteien zurückzuführen sein dürfte.

Die „Schwäbische Tagwacht“ bezeichnet als weitans größten Verlierer die Kommunisten. Von den Parteien, die in Opposition zur Reichsregierung stehen, habe am stärksten die Sozialdemokratie gewonnen, obwohl sich gerade gegen sie fast ausschließlich der Kampf mit übermächtigen Mitteln richtete.

Letzte Nachrichten

Berlin, 6. März. Wie wir erfahren, ist General Edwin von Stillingen, Vorgesender des Reichskuratoriums für Jugendberichterstattung, gestorben.

Der geschäftsführende Präsident des Reichskuratoriums für Jugendberichterstattung, General Edwin von Stillingen, ist nach 57-jährig mühen aus der Arbeit an der Aufgabe herausgerissen worden, mit der er vor einem halben Jahr vom Reichspräsidenten beauftragt wurde.

Reichskommissare für Polizei für Bremen u. Hessen

Berlin, 6. März. (Sig. Meld.) Da die wegen Nichtertritt marxistischer Senatoren in der Bevölkerung Bremens hervorgerufene Erregung einen Ausbruch von Unruhen befürchten läßt, hat der Reichsminister des Innern aufgrund des § 2 der Verordnung zum Schutz von Volk und Staat für die Reichsregierung die Befugnisse der obersten Landesbehörde übernommen.

Auf der gleichen gesetzlichen Grundlage hat die Reichsregierung in Hessen eingegriffen. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Polizeisenators hat sie den stellvertretenden Direktor des Arbeitsamtes Bremen, Dr. Marfert, bis auf weiteres beauftragt.

Verstärkung der polnischen Besatzung auf der Danziger Westplatte

w. Warschau, 6. März. Einer hier ausgegebenen amtlichen Mitteilung zufolge sollen der polnischen Regierung Nachrichten zugekommen sein, wonach Danziger antikolonialisches Elemente einen Anschlag auf das polnische Munition- und Kriegsgerätelager auf der Westplatte planen.

Einpruch der Danziger Regierung

w. Danzig, 6. März. Amtlich wird mitgeteilt: Nachdem heute früh die polnische Regierung die Wachmannschaft auf der Westplatte, deren Stärke vertraglich festgelegt ist, über die festgesetzte Zahl hinaus verstärkt hat, hat die Danziger Regierung bei dem Kommissar des Völkerbundes in Danzig unverzüglich gegen den Vertragsbruch Einspruch eingelegt.

Ein englischer Dampfer an der chinesischen Küste gekentert

Hongkong, 6. März. Der englische Dampfer „Antung“ ist auf der Höhe der Landspitze von Kowai gekentert. Das Schiff gilt als verloren. 286 Reisende und 50 Mann der Besatzung sind von dem Dampfer „Antung“ an Bord genommen worden.

Die Wahlergebnisse in den Reichswahlkreisen

Die eingerichteten Ergebnisse sind Vergleichsweisen der Wahlen vom 6. November 1932.

- 1. Wahlkreis Ostpreußen. R.E. 637 600, Soj. 179 978, K. 107 087, Jtr. 80 794, D.R. 129 283, D. Sp. 8897, Chr. Bd. 15 604, Dem. 5200, Deutsche Bauern 528.
2. Berlin. R.E. 367 652, Soj. 286 160, K. 183 115, Jtr. 60 062, D.R. 115 839, D. Sp. 6761, Chr. Bd. 6383, Dem. 16 454, Deutsche Bauern G. Deutsch-Dann. 3, Soj. Kampfbund. 197.
3. Potsdam II. R.E. 485 164, Soj. 290 977, K. 235 490, Jtr. 65 727, D.R. 177 005, D. Sp. 15 536, Chr. Bd. 7424, Dem. 30 796, Sonntag 444.
4. Potsdam I. R.E. 583 960, Soj. 272 731, K. 226 962, Jtr. 37 300, D.R. 154 070, D. Sp. 10 282, Chr. Bd. 7249, Dem. 11 220, Sonntag 535.
5. Frankfurt-Ober. R.E. 549 838, Soj. 185 579, K. 74 102, Jtr. 59 303, D.R. 110 087, D. Sp. 6361, Chr. Bd. 6049, Dem. 3367, R.E. 389 043, Soj. 307 611, K. 104 197, Jtr. 56 606, D.R. 118 973, D. Sp. 12 652, Chr. Bd. 5301, Dem. 5002.
6. Hammern. R.E. 612 338, Soj. 176 577, K. 82 443, Jtr. 12 453, D.R. 184 614, D. Sp. 7153, Chr. Bd. 6351, Dem. 6554, Sonntag 850.
7. Breslau. R.E. 587 456, Soj. 225 419, K. 96 255, Jtr. 155 912, D.R. 83 535, D. Sp. 3301, Chr. Bd. 6258, Dem. 8837, Sonntag 600.
8. Leipzig. R.E. 407 710, Soj. 161 440, K. 30 353, Jtr. 48 654, D.R. 68 750, D. Sp. 4006, Chr. Bd. 8317, Dem. 4419, Deutsche Bauern 30, Sonntag 5364.
9. Cöln. R.E. 337 075, Soj. 53 819, K. 72 097, Jtr. 252 016, D.R. 58 659, D. Sp. 1867, Chr. Bd. 1840, Dem. 2655, R.E. 178 319, Soj. 60 727, K. 112 354, Jtr. 288 613, D.R. 59 425, D. Sp. 2818, Chr. Bd. 3085, Dem. 1314.
10. Magdeburg. R.E. 497 824, Soj. 290 682, K. 111 900, Jtr. 19 271, D.R. 112 087, D. Sp. 12 368, Chr. Bd. 3027, Dem. 6337, D. Bauernp. 33, Deutsch-Dann. 150, Soj. Kampfbund. 162, R.E. 383 507, Soj. 905 119, K. 130 448, Jtr. 18 458, D.R. 104 146, D. Sp. 20 465, Chr. Bd. 3090, Dem. 7755.
11. Merseburg. R.E. 416 298, Soj. 147 289, K. 194 127, Jtr.

